

Riskantes Pokerspiel um die CO2-Abgabe

Bei allen Debatten über Klimarappenkonzepte vergisst man, was unsere Gesetzgebung seit dem Jahr 2000 vorsieht: Eine lenkende Abgabe auf fossilen Energien. Diese hat bereits vor der Einführung eine deutliche Wirkung erzielt. Ein gewichtiger Teil der Wirtschaft arbeitet erfolgreich mit Zielvereinbarungen – und könnte sich so von der Abgabe befreien. Macht es Sinn, diesen marktwirtschaftlichen Ansatz aufs Spiel zu setzen und mit einem weiteren Fördertopf einen anderen Weg einzuschlagen?

Michael Kaufmann, Vizedirektor Bundesamt für Energie, Programmleiter EnergieSchweiz

Die Ausgangslage ist klar: Die Schweiz hat sich zu Klimazielen verpflichtet und will bis 2010 ihre CO2 Emissionen um 10% reduzieren. Basis für die Umsetzung dieser Ziele ist seit dem Jahr 2000 das CO2-Gesetz. Es baut in erster Priorität auf die Freiwilligkeit, sieht jedoch die Einführung einer Lenkungsabgabe auf fossilen Energien vor, falls die freiwilligen Massnahmen alleine nicht ausreichen. Das Parlament hat das vor 6 Jahren so vorgesehen. Es sei daran erinnert, dass vor allem das bürgerlich-liberale Lager für dieses marktwirtschaftliche Instrument plädierte und keine neuen Subventions- und Fördertöpfe wollte. 2005, als klar wurde, dass die freiwillige Phase die gewünschte Wirkung nicht erzielen können wird, hat der Bundesrat folgerichtig beschlossen, auf Brennstoffen eine CO2-Abgabe einzuführen. Dafür hatte er sehr gute Gründe, welche nach wie vor stichhaltig sind.

Erstens setzt die CO2-Abgabe direkt an und wirkt langfristig. Sie motiviert jeden Energieverbraucher dazu, fossile Energie einzusparen. Die Abgabe wirkt sich aufs Portemonnaie aus: jeder Verbraucher kann sich so also selber lieb sein. Wichtig dabei vor allem für Investoren: Im Gegensatz zum täglich schwankenden Ölpreis ist die Abgabe fix und kalkulierbar.

Zweitens können sich Unternehmen von der Abgabe befreien, wenn sie im Rahmen von Zielvereinbarungen ihre CO2-Emissionen reduzieren. Über tausend Unternehmen sind bereits im Voraus solche Vereinbarungen eingegangen. Das entspricht rund 35 Prozent der CO2-Emissionen der Wirtschaft.

Drittens verschafft die Abgabe denjenigen Unternehmen und Haushalten direkte Vorteile, welche statt fossiler Energie erneuerbare Energien wie Holz oder Umweltwärme einsetzen. Aber auch bei hohen Ölpreisen sind die Erneuerbaren heute noch auf weitere Anreize angewiesen: die Abgabe verstärkt den Preisvorteil und ist mindestens so effizient und innovationstreibend, wie aufwändige Fördertöpfe. Das zeigen die Erfahrungen mit Förderprogrammen der 1990er Jahre oder mit der Lothar-Holzenergieförderung von 2000 bis 2004. Diese Programme haben eben immer auch jene Projekte unterstützt, die auch ohne „Subventionen“ ohnehin realisiert worden wären.

Viertens wird eine Lenkungsabgabe gleichmässig an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückverteilt: Die Rückverteilung ist ein eleganter, administrativ einfacher Weg, die Abgabe ohne Aufstockung der Staatskassen auszugestalten. Dank diesem Mechanismus profitieren vor allem jene zusätzlich, die ihre Energiekosten durch eine Verbrauchssenkung bereits gesenkt haben.

Demgegenüber hätte der «Klimarappen auf Brennstoffen» – und damit der Verzicht auf die lenkende Abgabe - gewichtige Nachteile: Die Schweizer Klimaziele sind mit diesem weiteren freiwilligen Instrument allein nicht erreichbar. Das belegen die Abklärungen der Bundesverwaltung wiederholt und mit Deutlichkeit. Zudem würde mit dem befristeten Klimarappen die Klimapolitik komplizierter und unsicherer. Und: es würde damit ein neuer, sehr komplexer Fördertopf geschaffen, der Schweiz wäre vorerst der Zugang zu den europäischen Emissions-Zertifikatmärkten versperrt und es bliebe unklar, was nach der Kyoto-Frist (2012) geschehen soll. Ein Risiko sind zudem die allfälligen Kosten für die Schweiz, wenn sie wegen Nichterreichung der Kyoto-Ziele Emissionszertifikate in der Höhe von sechsstelligen Millionenbeträgen zukaufen muss.

Gravierend sind die Folgen eines Verzichts auf die Abgabe aber für unser Wirtschaft: Die Vorwirkungen der Abgabe, die Zielvereinbarungen der Unternehmen und weiterer Akteure der Energiepolitik, sowie

die Anreize für die erneuerbaren Energien wären gefährdet. Bereits jetzt droht der Schwung verloren zu gehen: Die Unternehmen sind stark verunsichert, Dutzende stoppen ihre Aktivitäten¹ und einzelne stellen die Frage nach Schadenersatz durch den Bund in den Raum. Ebenso verlieren Investoren in erneuerbare Energien ihre Motivation.

Jetzt sollen die Regeln während des Spiels geändert werden und als Joker liegt der „Klimarappen auf Brennstoffen“ auf dem Tisch. Viele Mitspieler greifen nach ihm und seinen goldenen Fördertöpfen. Kurzfristig mag der Joker stechen. Ob er sich langfristig aber nicht als Schwarzer Peter für die Klimapolitik und die Wirtschaft entpuppt? Die Schweiz sollte jetzt den sicheren Weg gehen: Die CO₂-Abgabe ist zur Umsetzung bereit und alle wissen, wie sie funktioniert. Sie ist zielkonform und wirtschaftsverträglich. Sie fördert die Innovation im Energiesektor und sie schafft nachhaltige Arbeitsplätze. Was wollen wir mehr?

¹ Dem BFE liegen dazu verschiedene Firmenschreiben vor!